

Es gilt das gesprochene Wort
Einbringungsrede zum Haushaltsentwurf 2016
am 24. September 2015

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen des Erlanger Stadtrates,
sehr geehrte Damen und Herren,

letztes Jahr habe ich in dieser Legislaturperiode den ersten Haushaltsentwurf eingebracht und dazu formuliert „viele altgediente Stadträte werden sagen – so was hat man lange nicht gesehen“. Grund war die vorhandene hohe Liquidität und die deutlich erhöhte Gewerbesteuer-Prognose. Der Entwurf sah keinerlei Kreditaufnahme vor – nicht mal in Höhe der laufenden Tilgungen – allerdings sehr viele Verpflichtungsermächtigungen. Am Ende der Beratungen stand bei Verabschiedung immer noch „keine Kredite“, die Verpflichtungsermächtigungen waren um 2 Mio. Euro auf „sehr hohe“ 25,2 Mio. Euro angestiegen. Dafür gab es von der Regierung erstmals seit langem wieder eine Haushaltsgenehmigung ohne neue Auflagen. Und das gab es zuletzt 2008!

Heute bring ich meinen 13. Haushalt, den achten doppeljährigen und den zweiten der laufenden Stadtratsperiode ein und ich sage Ihnen gleich: So entspannt wie letztes Jahr ist es diesmal nicht! An Haushalte wie den letzten hätten wir uns in der Kämmerei auch gerne gewöhnen können; aber es soll wohl so sein, dass 2015 eine Ausnahme war und schwierige Haushalte zum Normalfall der Stadt Erlangen gehören. Allerdings haben wir uns auch nicht vorgestellt, dass die alten Probleme so schnell wieder zurückkommen.

Jetzt aber der Reihe nach: Zum Einstieg erstmal einige Meldungen zum Jahr 2015. Es läuft nicht so gut wie geplant! Ich erinnere an den Bericht über finanzwirtschaftliche Kennzahlen im HFPA im Juli und die Controllingberichte zu den Budgets im Juni (*StR 25. Juni 2015*). Bei der Gewerbesteuer sind wir aktuell auf 67,0 Mio. Euro Anordnungssoll per 15.9. und vom Ansatz 88,25 Mio. Euro „verdammst weit weg“. Und vom Jugendamt haben wir eine Warnmeldung über eine voraussichtliche Mittelbereitstellung für das Budget von 3,6 Mio. Euro insbes. für das „umF“-Thema erhalten – evtl. sogar mehr. Dies sind die wichtigsten Positionen, unter dem Strich erwarten wir am Jahresende einen deutlich niedrigeren Liquiditätsstand als Ende 2014 und schon gar keine freie – also ungebundene – Liquidität (näheres sehen Sie auf der Seite 36). Es sind zwar noch viele Wochen zum Jahresende übrig, dass es anders und besser werden könnte und bekanntlich stirbt die Hoffnung zuletzt, aber es wird und wurde zuletzt nicht besser von Tag zu Tag bzw. Woche zu Woche. Trotzdem möchte und werde ich über eine Haushalts-Sperre nicht nachdenken, obwohl es andere Städte in Deutschland genau aus den o. g. Gründen in 2015 schon vollzogen haben.

Nun zum Entwurf 2016 und kurz zu unseren Überlegungen. Erst noch zur Erinnerung die drei Leitlinien meiner und unserer Arbeit:

1. Der Haushalt ist **kein Selbstzweck**, sondern er ist das Mittel zum Zweck; es geht um Investieren, Entwickeln, Gestalten mit dem Ziel einer lebensfähigen und lebensfreundlichen Stadt.
2. Wir fighten für **genehmigungsfähige Haushalte** – am besten ohne Auflagen!
3. Die Generation nach uns soll auch noch was zum Gestalten haben und diejenigen die in 20 bis 30 Jahren unsere Pläne und umgesetzte

Projekte in die Hände nehmen, sollen diese nicht über den Kopf zusammenschlagen.

Diesen Leitlinien entspricht auch wieder dieser Entwurf. Und wie haben wir diese Ziele operativ umgesetzt? Ausgangspunkt war (wieder) der im Januar 2015 beschlossene Finanzplan für 2016. Zielsetzung war für unseren Entwurf eine **Netto-Neu-Verschuldung von Null** (*im 2015 - Plan ist 4,4 Mio. Euro Entschuldung*). Zur Erinnerung: Der Finanzplan 2016 ging von einem Finanzmittelfehlbetrag aus Verwaltungs- und Investitionstätigkeit von 5,0 Mio. Euro aus, also einem potentiellen Neuverschuldungsbetrag von 5,0 Mio. Euro. Somit galt es erstmal „einen Rückstand“ aufzuholen. Dies gelang durch die im Mai gestartete Offensive „stelle in den Investitionsplan nur das ein, was realistisch abfließt in 2016“. Bei den Sachmittel-Budgets der Ämter wurden die Kämmereivorschläge so aufgebaut, dass entweder der Ansatz von 2015 übernommen wurde – inkl. Bereinigung um einmalige Ausgaben oder Einnahmen – oder das Ist-Ergebnis von 2014 – je nachdem was besser für den Haushalt 2016 in der finanziellen Bedeutung bzw. Belastung ist. So ging es dann im Juni/Juli in die Ämter-Gespräche. In diesen mussten wir dann leider wieder „einige Tore kassieren“. So z. B. bei den Personalkosten, die um rd. 5,8 Mio. Euro höher sind als im Ansatz von 2015 oder um 2,6 Mio. Euro höher sind als im bisherigen Finanzplan für 2016. Auswirkungen sind die Tarifsteigerungen und insbesondere die letzten Stellenpläne. Enthalten ist in diesem Betrag aber **auch das neue Personalkostenmodell mit rechnerisch 1,2 Mio. Euro bzw. 20 neuen Stellen**.

Des Weiteren überraschte uns das Jugendamt mit deutlich höheren Budgeterwartungen. Wir haben annähernd den gleichen Ansatz von 2015 vorgeschlagen, Amt 51 meldete 5,8 Mio. Euro als Erhöhung. Verständigt haben wir uns auf rd. 2,4 Mio. Euro – Erhöhung zum

Kämmerei-Entwurf. Wir werden sehen, ob das reicht und ob im Laufe der Beratung noch neuere Erkenntnisse gewonnen werden, die noch mehr Erhöhung bedeuten. Was sind die Gründe für diese Erhöhung? Zum einen die finanziellen Folgen der sog. umF-Thematik, also der Aufgaben des Jugendamtes für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge, denn im Jugendamt und Kämmerei besteht die Annahme – auch aufgrund Erfahrungsaustausch mit anderen Städten - , dass es eine volle Kostenerstattung für die Kommunen nicht geben wird. Dies ist aber nur der geringere Teil der Erhöhung. Der deutlich höhere Anteil entfällt auf den **Betreuungsaufwand für die Kindertagesstätten**, alleine dafür meldete das Jugendamt rd. 4 Mio. Euro Erhöhung in netto! Dies war in der Höhe im bisherigen Finanzplan so nicht enthalten. An der Stelle ein paar Zahlen was sich hinter diesen Budgeterhöhungen genau verbirgt und welcher Standard jetzt erreicht ist, auf den die Rathausarbeit auch stolz sein darf (Werte vom Jugendamt):

Versorgungsquoten	2008	2015/16
- KiGa	99,7%	105%
- Schulkindbetreuung	50,6%	81,8%
- Krippen	13,5%	39,3%
- Krippen inkl. Tagespflege	17,8%	45,1%
Platzangebot		
- KiGa	3.265 Plätze	3.439 Plätze
- Horte/Lernstuben	1.105 Plätze	1.262 Plätze
- Krippen	124 Plätze	1.162 Plätze
Anzahl der freien Einrichtungen		
- Krippen in freier Trägerschaft	10	44

Erlangen hat Spitzenwerte! erreicht

- Krippen in städtischer Trägerschaft	1	8
Finanzen		
- Ausgaben Zuschüsse freier Träger	11 Mio. €	25,55 Mio. € (Planwert 2016)
- Budgetbedarf (nach Abzug der Einnahmen)	5,5 Mio. €	11,52 Mio. €

Auch beim Sozialamt erfolgte die Überlegung den gleichen Ansatz für das Sachmittel-Budget zu nehmen wie 2015. Durch die alles andere als fair gestaltete Kostenerstattung durch den Freistaat bleibt „Amt 50“ schon seit Jahren auf Bildungs- und Teilhabeaufwendungen (B + T) sitzen. Letztes Jahr wurde dies durch eine Mittelbereitstellung aufgefangen. Dieses Jahr durch höhere KdU-Erstattungen im Zusammenhang mit der sog. „Sofort- oder Bundesmilliarde“, also den Einstieg in die im Koalitionsvertrag der Bundesregierung vorgesehene Entlastung für Kommunen mit der Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderung. Für 2016 ist alleine dafür eine Budgetaufstockung um 530 T€ notwendig.

Das Sachmittel-Budget des GME dagegen haben wir um **3,2 Mio. Euro** zum Vorjahr gekürzt. Dies ging aber nur, weil mit dieser Operation die jährlich hohen Überträge des GME abgeschöpft werden. Und das geht **nur einmal** und nächstes Jahr 2017 muss der Betrag wieder eingesetzt werden. Bitte dies mit Blick auf die Finanzplanung ab 2017 beachten. Insgesamt hatten die Ämter gerade bei den Budgets viele Erwartungen, die über den Ansätzen von 2015 lagen, die der Haushalt zu großen Teilen nicht erfüllen konnte. Die Summe für alle Sachmittel-Budgets und damit Finanzierung durch den Haushalt finden Sie auf Seite 346 und ist **netto 39,7 Mio. Euro**, in 2015 waren es – ohne die unterjährigen Änderungen – **41,8 Mio. Euro**, also über 2 Mio. Euro oder 5% mehr.

Und nun zu den wichtigsten Kennzahlen/Eckdaten des Haushalts 2016:

in Mio. Euro	<u>Plan 2014</u> Ansatz	<u>Ist 2014</u> <i>vorläufig</i>	<u>Plan 2015</u> Ansatz	<u>Plan 2016</u> Entwurf
Einzahlungen aus Verwaltungstätigkeit	299,5	319,5	333,5	349,9
Auszahlungen aus Verwaltungstätigkeit	299,4	305,0	313,0	335,2
Saldo aus Verwaltungstätigkeit	+ 0,1	+ 14,5	+ 20,5	+ 14,7
Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	16,6	15,1	24,6	17,7
Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	36,2	39,7	41,6	32,4
Saldo aus Investitionstätigkeit	- 19,6	- 24,6	- 17,0	- 14,7
Finanzmittelfehlbetrag bzw. Überschuss	- 19,5	- 10,1	+ 3,5	+/- 0
Neuverschuldung (+) / Entschuldung (-)	+ 8,4	- 0,8	- 4,4	+/- 0
Saldo im Ergebnis-HH	- 19,3	- 5,8	+ 19,5	+ 13,5

Dass die Salden von Verwaltungs- und Investitionstätigkeit in 2016 sich genau ausgleichen ist kein Zufall, sondern wir haben versucht als erstes die Investitionsbeträge auf ein möglichst niedriges Niveau zu bringen und danach die Einnahmeansätze in der Verwaltungstätigkeit so ausgereizt um die Netto-Neuverschuldung von Null zu erreichen.

Dabei sind folgende wichtige Positionen auf der Einnahmen- und Ausgabenseite hervorzuheben:

In Mio. Euro	Ist 2014 <i>vorläufig</i>	Plan 2015 <i>Ansatz</i>	Plan 2016 <i>Entwurf</i>
Grundsteuer B	23,3 (Ansatz 23,5)	23,6	23,9
Gemeindeanteil an der USt	10,0 (Ansatz 10,1)	11,6	13,5
Gemeindeanteil an der EKSt	69,4 (Ansatz 68,3)	75,8 (voraus. Ist 77,5)	81,3
Gewerbesteuer	a/FinH: 82,0 (Ansatz 71,1)	88,25 (voraus. Ist 75-80)	88,25
Schlüsselzuweisung	8,6	14,6	9,4
Personalausgaben a/FHH (ohne Rückstellungen)	102,7 (Ansatz 103,6)	109,0	114,8
Bezirksumlage	31,1 (Umlagesatz 24,0)	29,8 (Umlagesatz 24,2)	33,5 (Umlagesatz 22,9)
Zuschussbedarf der Sachmittelbudgets	38,2	41,8	39,7

Die Ansätze bei Steuern, Schlüsselzuweisung, Personal, Bezirksumlage und Budgets sind mit viel, viel Optimismus gerechnet. Ob sie am 21. Januar 2016 zum HH-Beschluss in der Höhe so halten, können wir Ihnen nicht versprechen.

Jetzt zu den **Investitionen 2016** und dem **mittelfristigen Finanzplan 2015 – 2019**, den aus meiner Sicht schwierigsten und interessantesten Teil. Zur Erläuterung warum im Investitionsprogramm für 2016 einige Vorschläge der Kämmerei so ausfallen wie Sie sie jetzt sehen werden, ist der mittelfristige Finanzplan mit zu erläutern. Und er bereitet eine Menge Probleme und Sorgen. Diesen haben wir im Entwurf diesmal

gleich mit abgedruckt. Sie finden ihn auf den blauen Seiten 357 - 367. Er verdient deswegen auch so viel Beachtung, weil jetzt einige wichtige – ich korrigiere: sehr wichtige – Entscheidungen und Weichenstellungen für die kommenden Jahre anstehen.

Das Investitionsvolumen mit gesamt **32,4 Mio. Euro** gliedert sich auf:

Schulsanierung - Ohm 2,9 Mio., CEG 0,3 Mio., ASG 2,6 Mio., MTG - Turnhalle 1,3 Mio., MTG-Hauptgebäude 0,3 Mio.	7,4
Schulbereich mit Mensen	0,8
Jugendbereich, Kita, Horte, Krippen - Zuschuss Freie Träger 2,0 Mio., Jugendtreff 1,0 Mio.	3,8
Straßen/Brücken - ICE-Streckenausbau 1,5 Mio.	6,8
Sport und Bäder - Baukostenzuschuss Sanierung FW 2,2 Mio.	2,5
Umweltbereich	0,8
Kulturbereich - HLH 2,35 Mio., Frankenhof 0,5 Mio.	4,0
Investitionen allgemein - Grunderwerb 3,7 Mio., ESTW-Kapitaleinlage 1,0 Mio	6,3

Folgende Maßnahmen mit Planungs- bzw. Baubeginn in 2016 ff sind aus unserer Sicht zu beleuchten bzw. zu diskutieren:

- Generalsanierung Frankenhof
- Sanierung Stadthalle
- Neubau des BBGZ
- Neubau der MTG-Sporthalle
- Sanierung der Werkstätten Berufsschule

Und vergessen Sie bei der Priorisierung nicht die beschlossene Planung und deren Kosten für die StUB, die sicherlich ab 2017 höher ausfallen werden als 2016. Sie sind mit heutigem Wissen mit 150 T€ im

Ergebnishaushalt für 2016 eingestellt, hinzukommen die voraussichtlichen Haushaltsreste aus 2015. Derzeit ist die Art und Weise der Finanzierung des zu bildenden Zweckverbandes noch offen, deshalb – und nur deshalb - ist im mittelfristigen Finanzplan ab 2017 – 2019 noch nichts veranschlagt.

Nun zu den Bewertungen und Vorschlägen der Kämmerei zur Investitionstätigkeit, mit denen zum einen die Netto-Neu-Verschuldung Null in 2016 gelingen kann und die den mittelfristigen Finanzplan nicht völlig aus dem Ruder laufen lassen:

	2016	2017	2018	2019	Merkposten
Generalsanierung Frankenhof BA I	0,5*)	0,5*)	1,0*)	2,8*)	9,65
	-	-	-	 	14,5
Sanierung Stadthalle	2,4	2,4	2,55	0,8	2,5
	-	-	-	 	-
Neubau BBGZ	-	-	-	5,0	12,8
	6,0	6,2	0,9	 	-
<i>Veranschlagung gem. Projektbeschreibung</i>	4,4	8,5	7,8	-	-
Neubau MTG-Sporthalle	1,3	1,9	1,35	-	-
	1,3	1,3	0,5	 	-
Sanierung Werkstätten Berufsschule	-	0,2	0,7	3,7	48,4 (inkl. Masterplan)
	-	-	0,2	 	8,2
<u>Erläuterung: (in Mio €)</u>					
Zeile 1 – Angaben gem. <u>neuer</u> Finanzplan – Stand: September 2015					
Zeile 2 – Angaben gem. <u>alter</u> Finanzplan – Stand: Januar 2015					

*) Von GME wurden höhere Beträge gemeldet

Diese Neupriorisierungen haben wir vorgenommen, weil zum einen die Finanzierung beim BBGZ aus Drittmitteln noch nicht geklärt ist, die Gesamtkosten jetzt mit 21,5 Mio. Euro (!) Netto-Baukosten veranschlagt werden und zum anderen weil wir die Sanierungen von Frankenhof und Werkstätten Berufsschule für dringlicher halten. Der Beginn der MTG-Sporthalle – egal in welcher Ausführung – ist ohne Folgewirkungen auf die Generalsanierung des MTG's nicht verschiebbar! So zumindest unsere Einschätzung.

Es gibt aber noch einen Grund für die Neupriorisierung: Das BBGZ ist unseres Erachtens finanziell so nicht leistbar. Sehen Sie sich die Salden im mittelfristigen Finanzplan von 2017 bis 2019 (S. 367) an. In Summe beträgt trotz der BBGZ-Verschiebung der Saldo der Investitionstätigkeit sagenhafte **-61,6 Mio. Euro** bzw. der Finanzierungsmittelfehlbetrag **34,2 Mio. Euro** und die StUB-Planungskosten sind noch einzupreisen! Zur Erinnerung: die Finanzierungsmittelfehlbeträge waren 2013 und 2014 im zu vergleichenden Zeitraum 64 bzw. 54 Mio. Euro – und in der Konsequenz gab es Auflagen! Ich sage nur: schwierig, schwierig!

Zur Prognose des Finanzplans ein paar Worte: wir kalkulieren mit weiteren Steigerungen bei der Einkommensteuer, einem Gewerbesteueransatz von 80,0 Mio. Euro ab 2017 und dann jährlich 2,7% Steigerung und mit weiter kontinuierlich steigenden Personalkosten von 3,0% p.a. Und die Kosten steigen leider mehr als die Einnahmen! Dies bedeutet zwangsläufig ein Schrumpfen der sog. „freien Finanzspanne“ – ein Kriterium auf das die Regierung bei der Beurteilung des Haushalts sehr viel Wert legt.

Und so sieht die rechnerische „freie Finanzspanne“ mit diesem Entwurf aus:

	<u>neu</u> (a/Entwurf 2016)	<u>bisher</u> (a/Plan 2015)
2016:	+ 10,6	+ 10,2
2017:	+ 5,8	+ 8,8
2018:	+ 2,5	+ 12,7
2019:	+ 7,3	

Sie bleibt „Gott sei Dank“ positiv, aber sie schrumpft. Es können rechnerisch nicht ausreichend Eigenmittel zur vollständigen Finanzierung von Investitionen erwirtschaftet werden.

Meine Damen, meine Herren, Sie sehen oder ahnen: es gibt noch jede Menge Risiken, die die Null-Netto-Verschuldung in 2016 bzw. die freie Finanzspanne verändern und dann verschlechtern können:

- ich erwähnte es bereits - die StUB-Planung ist noch einzupreisen!
- die Schätzungen bei Steuereinnahmen, Schlüsselzuweisung, Bezirksumlage müssen den Herbst überstehen. Die Prognosen sind sehr, sehr optimistisch.
- reicht die Budgeterhöhung im Jugendamt oder reicht der Investitionsansatz bspw. beim Frankenhof?
- was bringen die Haushaltsberatungen der Fraktionen und der Stellenplan? Fraktionsanträge ohne Deckungsvorschlag gehen direkt in die Salden!
- gibt es mittelfristig Auswirkungen auf die kommunalen Haushalte aus der Flüchtlingsthematik, wenn nach Abschluss von Asyl-Verfahren die Anerkannten in unserer Stadt ihre berechtigten Unterstützungen und Leistungen erhalten?
- und bitte beachten: die Auflage zum Gewerbesteuer-Sondertatbestand

ist zwar aufgehoben, aber eine Vorsorge bzw. Rücklage besteht nicht mehr.

Nun zu ein paar Bewertungen und Einschätzungen: Ist dieser Haushalt genehmigungsfähig? Antwort: eindeutig ja – so meine Einschätzung! Mit oder ohne Auflagen? Hier gibt es kein klares Ja oder Nein und es gibt bei uns in der Kämmerei unterschiedliche Einschätzungen:

Die pessimistischere: die Haushalte 2013 und 2014 mit ähnlich hohen Fehlbeträgen in der Finanzplanung hatten Auflagen, der 2013-er Haushalt sogar bei einer Entschuldung von einer halben Mio. Euro.; also eine Netto-Neu-Verschuldung Null bedeutet noch nicht automatisch „hurra – wir sind auflagenfrei“!

Die optimistischere: dank der besseren Gewerbesteuerprognose ab 2015 beginnend haben wir im Gegensatz zu früheren Jahren eine „freie Finanzspanne“.

Sie werden jetzt mit Recht fragen: was kann man tun bei so schwierigen Rahmendaten. Ja – was kann man tun? Fangen wir mal an das Repertoire aufzuzählen:

1. Schulden erhöhen, denn die Zinsen sind ja niedrig.

Bewertung: bei mehr Schulden erhöht sich die Tilgung – mehr Tilgung bedeutet weiteres Schrumpfen der Finanzspanne – keine „freie Finanzspanne“ bedeutet Probleme bei der Genehmigung und erntet Auflagen – „Auflagen? Nein Danke!“ sagen wir.

2. Privates Kapital akquirieren

Bewertung: Mir fehlt die Phantasie, dass Private ihr Geld als Schenkung oder Sponsoring für Infrastruktur zur Verfügung stellen, das muss schon ganz viel „emotionale Strahlkraft“ haben! Beim Palais

Stutterheim wurde es ja mal in Ansätzen probiert, es ging aber kein Funke über.

3. Einnahmen erhöhen – gerne und wie?

Bewertung: Bei den Hebesätzen für Grund- und Gewerbesteuer ist aus meiner Sicht die Obergrenze erreicht. Außerdem kenne ich den Ampel-Koalitionsvertrag.

Denken wir wieder über die Zweitwohnungssteuer nach, die ich vor Jahren – letztmals für 2006 - schon einmal eingebracht hatte, aber seinerzeit am Widerstand der FDP scheiterte? Zur Erinnerung: Nicht die Steuer selbst ist die große Einnahme (nicht vergessen: zusätzliches Personal ist unbedingt erforderlich), sondern der erhoffte aber nicht seriös berechenbare Effekt der Ummeldungen zu Erstwohnsitzen und damit über die Schlüsselzahlen höhere Einkommen- und Umsatzsteuern.

Außerdem werfe ich Ihnen das Stichwort: „Ertragsausschüttungen“ der wirtschaftlich erfolgreichen Stadt – Töchter zu.

4. Strecken bzw. Schieben von Investitionen

Bewertung: Das ist das was man immer tun kann und auch überlegen muss; und einen Vorschlag haben wir beim BBGZ gemacht! Ob dieses eine Verschieben alleine ausreichen wird, weiß ich nicht.

Aus meiner Sicht ist an dieser Stelle mit den wichtigen Weichenstellungen des Haushalts für die nächsten Jahre die von Lars Kittel angesprochene „konzertierte Aktion“ wieder gefordert.

So – wir haben fertig. Stadtrat – übernehmen Sie!
Ich danke Ihnen für's Zuhören.